

„Ihr seid die Nächsten“

Europa In Luxemburg zahlen Konzerne kaum Steuern. Verantwortlich war auch Jean-Claude Juncker, heute EU-Kommissionschef. Kungelrunden schützen ihn. Vorerst.

Jean-Claude Juncker schaut nach rechts. Dort steht die Hoffnung, Junckers Hoffnung, dass er leidlich aus dieser Sache rauskommt. Die Hoffnung heißt Frans Timmermans, Junckers erster Stellvertreter als Präsident der EU-Kommission. Er ist Niederländer.

Gemeinsam geben sie eine Pressekonferenz, Mittwoch der vergangenen Woche in Brüssel. Es geht um Juncker, es geht darum, dass er 24 Jahre lang als Finanzminister und Ministerpräsident von Luxemburg an extremen Steuersparmodellen für Konzerne mitgewirkt hat. Juncker will sich dazu erklären.

Erst redet Juncker über Juncker. Doch dann schaut er nach rechts und redet über Timmermans. Wie zufällig plaudert er über eine Untersuchung der EU-Kommission gegen die Niederlande. Es geht dabei um die US-Kaffeehauskette Starbucks, die sich mithilfe der niederländischen Steuerbehörden arm rechnet. Timmermans war einmal niederländischer Außenminister.

Ablenken nennt man das. Den Druck verringern, indem man einen Teil davon auf andere Schultern legt. Nett ist das nicht, aber es ist ein Prinzip von Ländern, die Steuersparmodelle anbieten. Nach dem Motto: Nicht nur wir, auch andere, also regt euch nicht auf. Juncker hängt noch immer in diesem Prinzip drin.

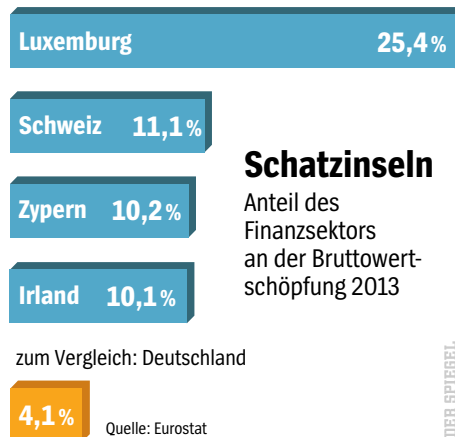
Kann er so Kommissionspräsident bleiben? Das war die Frage, die in der vergangenen Woche über Europa hing und noch für eine Weile dort hängen wird. Ein internationaler Verbund von Journalisten hatte zuvor aufgedeckt, auf welche Weise Staaten wie Luxemburg Konzerne anlocken und wie unglaublich niedrig die Steuersätze sind, die sie anbieten.

Es gibt Großunternehmen, die zahlen ein Prozent. Ein deutscher Durchschnittsverdiener mit der Steuerklasse 1 und einem zu versteuernden Einkommen von 40 000 Euro würde bei diesem Satz jährlich 400 Euro Steuern zahlen. Tatsächlich sind es 8940 Euro. Bei einem Satz von 0,1 Prozent, den manche Unternehmen für sich herauschlagen konnten, wären es 40 Euro im Jahr. Klingt herrlich. Ist aber für einen Arbeitnehmer unerreichbar.

Deshalb wirkt der Satz, das sei alles legal, so obszön. Wahrscheinlich ist es legal, aber es ist das Gegenteil von gerecht. Es erhärtet sich der Eindruck, der spätestens in der Finanzkrise entstand: dass der Kapitalismus seine Lieblinge hat, und das sind nicht die Bürger, sondern

Banken und Konzerne. Sie profitieren noch mehr von Steuerschlupflöchern, als bekannt war.

Der Fall Juncker zeigt aber auch die Doppelgesichtigkeit der europäischen Politik. Die Politiker rekrutieren sich aus den Einzelstaaten, haben also lange nationale Interessen vertreten. Dann ziehen sie nach Brüssel und sollen für die Union eintreten – gerade jetzt, wo sich der Brüsseler Betrieb zunehmend politisiert, wirkt das nicht gerade glaubwürdig. Ausgerechnet Jean-Claude Juncker, der daran mitwirkte, dass Luxemburg den europäischen Nachbarn Steuergelder abzog, soll nun Mr Europa sein. Er soll sogar dafür sorgen, dass diese Praktiken aufgeklärt und ein-



geschränkt werden. Das ist mehr als krumm.

Rücktritt also? Erst einmal nicht. Die Große Koalition in Europa und eine große Kungelei haben Juncker in der vergangenen Woche gerettet.

Es beginnt damit, dass sich Juncker am vorvergangenen Wochenende in seine Heimat Luxemburg zurückzieht. Seine Berater in der Kommission haben ihm geraten, für eine Weile abzutauchen. Ruhe findet er nicht.

Martin Schulz ruft an. Manfred Weber ruft an. Schulz ist Sozialdemokrat und Präsident des Europaparlaments, Weber Vorsitzender der Fraktion der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP). Juncker zeigt sich getroffen von der Wucht der Kritik. Es hätten doch „alle Bescheid gewusst“. Die Anrufer erinnern ihn daran, dass er seine EU-Kommission als eine Art „europäische Regierung“ definiert habe. Nun müsse er sich auch „dem Feuer stellen“. Juncker mag nicht.

Am Montag wächst der Druck. Die Fraktion der Linken im europäischen Parlament sammelt Stimmen für eine „motion of censure“, einen Misstrauensantrag. „Eine Person, die ein aggressives Steuersparmodell verantwortet und verteidigt, das in krassem Gegensatz zu den Zielen von Rat und Kommission steht, hat auf der höchsten Führungsebene der EU nichts verloren“, heißt es darin. „Daher sehen wir Herrn Juncker nicht länger als geeignet für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission an.“

Am Dienstagabend treffen sich Juncker, Schulz, Weber, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Gianni Pittella, und Frans Timmermans gegen 20 Uhr im Brüsseler Restaurant Stirwen. Sie sind der neue „Koalitionsausschuss“, die informelle Machtinstant zwischen der schwarz-roten Parlamentsmehrheit und der Kommissionsführung. Sie entwerfen einen Schlachtplan, und Juncker lässt sich überreden, in die Offensive zu gehen. Erst eine Sitzung mit den Kommissarskollegen, dann vor die Presse, dann ein Auftritt im Europaparlament.

Die Kollegen raten ihm, sich offen zu seiner Rolle als Premier zu bekennen. Erstens sei alles im Einklang mit dem europäischen Recht geschehen, zweitens würden es die Bürger verstehen, dass er als Regierungschef die Interessen seines Landes vertreten habe.

Juncker folgt diesem letzten Rat nicht, als er am Mittwochmittag vor die Journalisten tritt. Als EU-Kommissionspräsident könne er nicht für seine Zeit als Premierminister sprechen, behauptet er. Dass die Steuersätze für Unternehmen in Luxemburg teilweise sehr niedrig seien, liege an der „Interaktion der verschiedenen nationalen Regeln“, fügt er wolkig hinzu. Und dann schaut er Timmermans an.

Im Parlament spricht der Fraktionschef der Liberalen, Guy Verhofstadt, später von einem „Schatten“, der über der neuen Kommission schwebt. Er fordert, den Fall Juncker bis Jahresende aufzuklären. Eine „lahme Ente“ in der Welt – er meint US-Präsident Barack Obama – sei genug.

Die Linken bekommen nicht einmal das Quorum zusammen, zehn Prozent aller Abgeordneten, damit ihr Antrag beraten werden muss. Die Große Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten, die große Kungelei zwischen Parlamentsführung und Kommissionsspitze retten Juncker. Ohne starke Opposition kann sich eine Regierung eine Menge erlauben.



EU-Politiker Juncker: Der Fall zeigt die Doppelgesichtigkeit der europäischen Politik

Immerhin kommt nun Bewegung in die Steuerfrage. EVP-Fraktionschef Weber sagt: „Die Diskussion über Steuergerechtigkeit ist nicht allein ein Luxemburger Thema, es ist ein gesamteuropäisches. Das zeigt zum Beispiel auch die neue Diskussion über das Beihilfeverfahren gegen die Niederlande. Die Mitgliedstaaten müssen endlich mit den Sonntagsreden aufhören und gegen Steuerungerechtigkeit handeln. Vor allem braucht es mehr Transparenz. Der Ball liegt beim Ministerrat. Wir werden sehr genau verfolgen, was die Finanzminister zustande bringen.“

Christian Rollmann findet das nicht gut, im Gegenteil. Seine Wut wächst.

Für den Luxemburger Rollmann ist das ein Krieg, ein Finanzkrieg. Wenn er die aktuellen Meldungen liest, spürt er Wut im Bauch. Nicht auf Juncker und die Steuerpolitik, sondern auf die ausländischen Medien und Politiker, vor allem die aus Deutschland, die sein Land „mit Schmutz

bewerfen“. Er nennt das „Finanzkriegspropaganda“.

Rollmann, 54, war 13 Jahre lang in der Luxemburger Finanzverwaltung tätig, 10 Jahre davon in „Sociétés 6“, der Abteilung, in der multinationale Konzerne Steuerdeals mit dem Fiskus schließen konnten. Jetzt verdient er als Anwalt sein Geld. Für ihn geht es um die Ehre, auch die eigene.

„Lesen und rechnen“, so beschreibt Rollmann seine damalige Arbeit. Er las und rechnete Vereinbarungen durch, die sein Abteilungsleiter mit den Steuerrechtlern von Amazon, Ikea oder Fiat schloss. Alles streng nach Recht und Gesetz, sagt Rollmann. „Unser Steuerrecht ist exakt wie das deutsche, wussten Sie das?“ Rollmanns Ton wird mit jedem Wort schärfer. „Wussten Sie, dass wir 1944 das deutsche Steuerrecht übernehmen mussten? Es gilt bis heute.“

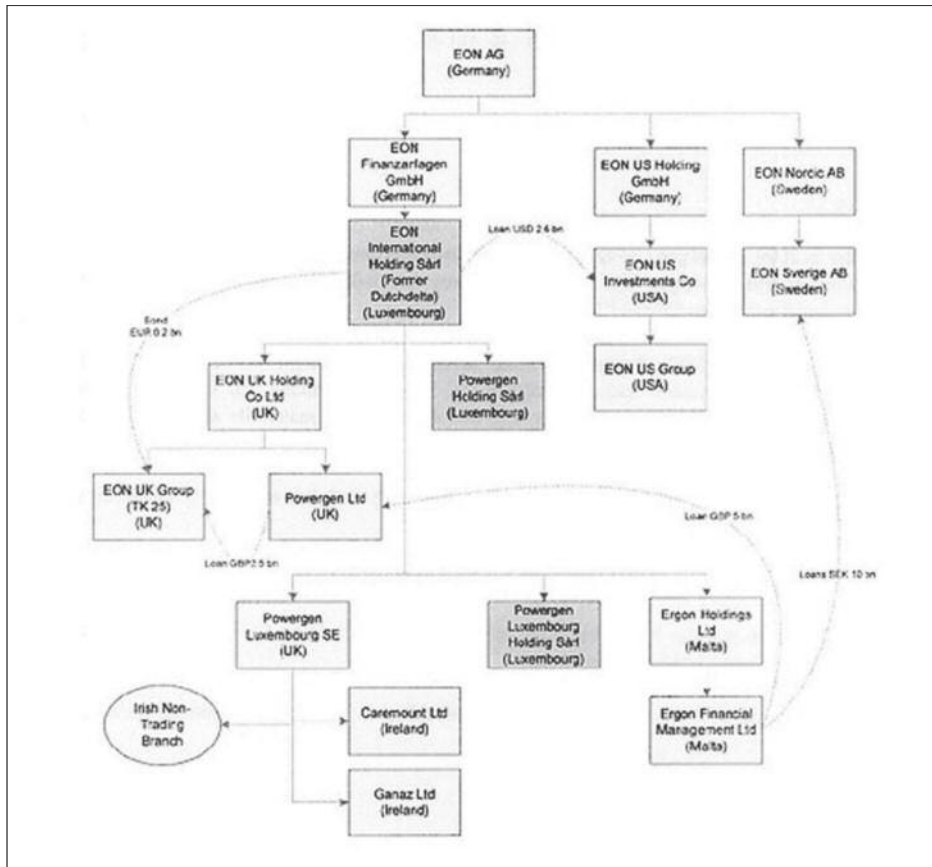
Aber, behauptet Rollmann, jedes Gesetz müsse interpretiert werden, nach dem Er-

messen der Beamten, „nach Billigkeit und Zweckmäßigkeit“.

Wenn ein Konzern sich also in Luxemburg erkundigte, wie er seine in Deutschland oder Spanien erwirtschafteten Milliarden in Luxemburg versteuern müsse, antworteten die Beamten etwa, dass diese Summen als „Einlagen“ gälten. Und für die gebe es einen viel günstigeren Steuersatz als für wirtschaftliche Erträge. „Das entspricht doch dem gesunden Menschenverstand“, sagt Rollmann.

Seine Abteilung habe keine Sondersteuersätze mit Firmen vereinbart, sagt er, sondern nur im Einzelfall die Bemessungsgrundlage zurechtgestutzt. So kam man auf attraktive Ergebnisse. Alles legal, sagt der Jurist. Aber ein Hinweis ist ihm wichtig: „Ich habe nie einen Bescheid selbst unterschrieben.“

Die deutschen Finanzbehörden hätten diese Praxis jederzeit in ihrem Hoheitsgebiet unterbinden können, behauptet



Ausschnitt aus Luxemburger Steuerunterlagen: Verschachtelt zu niedrigen Steuern

Rollmann. „Es war politisch gewollt, das nicht zu tun.“ Jetzt wollten die Ausländer Luxemburg vernichten, um selbst „an den Geldtopf zu kommen“, klagt er. „Aber ich kann nur warnen: Der ganze Wandervogel wird jetzt nicht nach Deutschland ziehen, sondern nach Hongkong oder Dubai.“

Juncker hat Rollmann auf den Gängen der Steuerbehörde nie angetroffen. „Sie glauben doch nicht, dass der Mann Zeit hatte, sich um steuerrechtliche und betriebswirtschaftliche Details von Firmen zu kümmern?“ Und wie viel Verantwortung hatte Juncker für das gesamte System? „Er hat Luxemburg sehr geholfen. Jetzt gerade wird er dafür furchtbare Angst leiden. Mehr will ich dazu nicht sagen.“

Das ist die Mentalität des Systems Luxemburg. Juncker war Teil und Anführer dieses Systems. Er wurde 1989 Finanzminister und war von 1995 bis 2013 Premierminister.

Schon 1989 lobte die OECD, der Klub der Industrienationen, Luxemburg dafür, dass es sich in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten zu einem der „attraktivsten Finanzplätze der Welt entwickelt“ hatte. Im selben Jahr geriet der Stromkonzern RWE in die Schlagzeilen, weil beim Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich über Pachtverträge Gewinne am deutschen Fiskus vorbei in eine Luxemburger Tochtergesellschaft

flossen und dort versteuert wurden. Es ist eine ähnliche Melange, für die Luxemburg heute am Pranger steht.

Nach dem Fall der Mauer 1989 wurde die Wirtschaft noch globaler. Unternehmen können heute ihr Kapital, ihre Arbeitsplätze und ihr Wissen weltweit verlagern. Das hat Vorteile, aber die Regierungen vor allem großer Länder mit großen Konzernen müssen dafür einen hohen Preis zahlen: Auch die Gewinne lassen sich global verschieben. Darin sehen vor allem manche Länder ohne starke Industrie ihre Chance.

Seit über 20 Jahren versuchen EU und OECD, diese Steueroasen auszutrocknen. Ein zähes Geschäft. Im Kampf um internationales Kapital und Arbeitsplätze gehen die Auffassungen, wo der legitime Steuerwettbewerb aufhört und die unfaire Konkurrenz beginnt, weit auseinander.

Anfang der Neunzigerjahre schlug die EU-Kommission eine europaweite Steuer auf alle Kapitalerträge vor. Geplant war eine Quellensteuer; das heißt, die Bank führt die Steuer direkt an das Finanzamt ab.

Die Debatte zog sich über ein Jahrzehnt, Einwände von hier, Einwände von dort. Das Ergebnis war 2005 ein löchriger Kompromiss. Luxemburg, Belgien und Österreich akzeptierten nicht, dass ihre Banken die Zinserträge ihrer Kunden automatisch an die Finanzbehörden in deren Heimat

melden durften. Das Verfahren hätte de facto das Ende des Bankgeheimnisses für diese Einnahmen bedeutet. „Ein grenzüberschreitendes Grabschen nach Bankdaten findet mit uns nicht statt“, sagte Juncker 1998.

Der Satz gilt nicht mehr. Von 2017 an werden Luxemburg und 50 weitere Staaten den weltweiten automatischen Austausch von Steuerdaten einführen. Einsicht? Nein. Es ist das Ergebnis langen Drucks auf Steueroasen, vor allem durch die Amerikaner.

„Jedes Mal, wenn es Fortschritte in der Steuerharmonisierung gab, geschah das unter Luxemburger Vorsitz“, behauptete Juncker am vergangenen Mittwoch vor dem Europäischen Parlament. Tatsächlich arbeiteten die EU-Finanzminister 1997 unter seiner Leitung einen „Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung“ zur „Eindämmung schädlicher steuerlicher Maßnahmen“ aus. Aber dieser Kodex ist bis heute unverbindlich, auch wenn Juncker eine entsprechende Richtlinie vorschlug.

Er sei nicht „der Architekt“ des Luxemburger Modells gewesen, sagte Juncker am vergangenen Mittwoch bei der Pressekonferenz. Doch als Regierungschef hat er die Entwicklung Luxemburgs zum Steuerparadies nach Kräften gefördert. 2003 setzte er sich persönlich dafür ein, dass sich die Internetkonzerne AOL und Amazon in Luxemburg ansiedeln. Das bringe seinem Land „viel Geld“ in den Staatshaushalt, soll er damals geschwärmt haben. „Dass AOL und Amazon nach Luxemburg kommen“, sagte Juncker vor dem heimischen Parlament, sei das Ergebnis einer richtigen Steuerpolitik. Er selbst habe die Verhandlungen geführt, aber auch andere.

Die Einnahmen nutzte der Regierungschef auch, um seine großzügige Sozialpolitik zu finanzieren. Unter anderem führte er eine Mütterrente ein. Damit sicherte sich Juncker eine hohe Popularität und seine Wiederwahl als Premier. Eine verlockende Möglichkeit für jeden Politiker.

Belgien wirbt offensiv mit seinen „einfachen, schnellen und effizienten“ Vorabgesprächen mit den Finanzbehörden um ausländische Investoren. Belgische Tochtergesellschaften von Konzernen können Zinsen auf das Eigenkapital beim Finanzamt geltend machen und so ihre Steuerlast drastisch senken.

In den Niederlanden ist für internationale Konzerne insbesondere die vorteilhafte Besteuerung von Dividenden, Zinserträgen und Lizenzgebühren attraktiv. Berühmt ist das „Dutch Sandwich“, ein Steuersparmodell, mit dem zum Beispiel Google seine Gewinne in Europa kleinrechnet (SPIEGEL 46/2012). Die Umsätze aus dem Europageschäft verbucht der In-

ternetkonzern bei der Google Ireland Ltd. Doch die Überschüsse werden durch Personalkosten und Werbeausgaben aufgezehrt, vor allem aber durch horrenden Lizenzgebühren. 2010 überwies Google Irland von gut 10 Milliarden Euro Umsatz 7,2 Milliarden Euro an eine niederländische Tochter.

Die Google Netherlands Holdings B.V. in Amsterdam, die die Lizenzgebühren aus Dublin kassierte, zahlte 2010 nur 2,7 Millionen Euro Körperschaftsteuer in den Niederlanden. Der Grund: Den größten Teil ihrer Einnahmen aus Irland überwies die Firma als Lizenzgebühr zurück an Google Ireland Holdings. Da der Verwaltungssitz der irischen Firma auf den Bermudas liegt, kann der Konzern seine Mil-

doch klar, dass sowohl Timmermans als auch Dijsselbloem – immerhin gleichzeitig niederländischer Finanzminister – endlich mit dieser laxen Steuerpraxis in ihrem eigenen Land aufräumen müssen.“

Die Geduld mit dem Steuerdumping geht zu Ende. Der Druck steigt. Seit 2013 arbeitet die OECD am sogenannten BEPS-Projekt. Es steht für Regeln, die die beliebige Gewinnverlagerung der Konzerne zu Lasten der Steuerkassen der Staaten beenden sollen.

Sogar Juncker mischt nun bei den Aufklärern mit. Er schlägt vor, dass Finanzbehörden künftig Steuerabsprachen mit Unternehmen wie im Fall Luxemburg automatisch weiterleiten müssen, wenn sie für ein anderes Land wichtig sein könn-

rechtskräftig machen, unter Vorsitz Junckers. Der Kontrollierte als oberster Kontrolleur der Kontrollierer. Klingt bequem. Europa und Juncker haben nun ein gewaltiges Glaubwürdigkeitsproblem.

Das Versprechen des Wahlkampfs, dass Europa demokratischer und transparenter wird, haben die Spitzenpolitiker bei der ersten Bewährungsprobe einkassiert. Bislang galt der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs als große Kungelrunde. Nun gilt das auch für Parlament und Kommission, die sich im Wahlkampf miteinander verschworen haben.

Trotz allem hat auch die Bundesregierung kein Interesse an einem Sturz Junckers. Die Idee von „Spitzenkandidaten“ im europäischen Wahlkampf war Merkel

liardeneinkünfte nahezu steuerfrei aus Europa herauschleusen.

Der niederländische Finanzminister und Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem stellt sich darauf ein, dass bald auch sein Land ins Visier der Enthüller geraten könnte. „Ihr seid die Nächsten“, wurde Dijsselbloem in der vergangenen Woche mehrfach gewarnt.

Schon ist es so weit. Am vergangenen Freitag veröffentlichte die EU-Kommission ihre rechtlichen Bedenken gegen den Steuerdeal der Niederlande mit dem US-Kaffeehaus-Konzern Starbucks. „Es ist doch sehr auffällig, dass große US-Konzerne in den Niederlanden doppelt so viel Umsatz erzielen wie in Luxemburg“, sagt Markus Ferber, Finanzexperte der CSU im Europäischen Parlament. „Außerdem hat das Land, anders als Luxemburg, erst jüngst wieder Initiativen zur Abschaffung von Steuersparmodellen blockiert. Da ist

ten. Seine eigene Idee war das nicht. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat das gleiche Modell, ein Vorschlag aus dem BEPS-Projekt der OECD, am Tag zuvor in einem Brief an den EU-Steuerkommissar Pierre Moscovici eingefordert. Anders als die offizielle Solidaritätserklärung Schäubles für Juncker vorgibt, herrscht auf den Fluren seines Ministeriums Genugtuung, dass der Luxemburger nach Jahren der Blockade eine Packung abbekommt. Der Kleinstaat wird dort von Beamten auch schon mal als „Drecksnest“ bezeichnet.

Da Juncker erst einmal Kommissionspräsident bleibt, ist er der oberste Chef jener Generaldirektion, die aufklären soll, ob die Steuerpraktiken Luxemburgs unter Junckers Führung als illegale Staatsbeihilfe gegen EU-Recht verstoßen haben. Das Urteil der EU-Wettbewerbschüter muss das Kollegium der Kommissare per Beschluss

zwar von Anfang an suspekt, und ihre Zweifel an der Eignung Junckers sind seitdem nicht verflogen. Aber ihr liegt an einer funktionierenden Kommission; einen lähmenden Streit um Rücktritt und Nachfolge will sie nicht riskieren.

Auch dieses Kalkül ist in Regierungskreisen zu hören: Wenn Junckers hochfliegende Ansprüche, mit seiner Kommission die „letzte Chance Europas“ zu sein, ein wenig gestutzt würden, werde das der Zusammenarbeit guttun. Merkel hatte schon immer ein Faible für nicht ganz so starke Kommissionschefs.

Melanie Amann, Nikolaus Blome,
Markus Dettmer, Dirk Kurbjuweit,
Gregor Peter Schmitz, Christoph Schult



**Animation: Europas
Steueroasen**

spiegel.de/sp472014steuern
oder in der App DER SPIEGEL